

PRESSEINFORMATION

Steirisches Wirtschaftsbarometer: Rezessions-Gefahr nimmt zu

Der Ukrainekrieg und die damit verbundenen Folgen haben massive Auswirkungen auf die heimische Konjunktur. Im aktuellen Wirtschaftsbarometer der WKO Steiermark rutschen die Saldenwerte beim allgemeinen Wirtschaftsklima sowohl beim Ist-Stand (-25,8 Prozentpunkte) als auch bei den Erwartungen (-74,2 Prozentpunkte) deutlich ins Minus. „Die Gefahr einer Rezession ist nicht mehr von der Hand zu weisen“, warnen WKO Steiermark Präsident Josef Herk und Direktor Karl-Heinz Dernoscheg. Sie fordern von der Politik endlich „Taten statt Worte“, vor allem, was die Eindämmung der horrenden Energiepreise betrifft. Diese werden von 78,4 Prozent der Unternehmerinnen und Unternehmer als größte Herausforderung für 2023 genannt, dicht gefolgt vom Arbeits- und Fachkräftemangel (77 Prozent). „Wir stehen vor enormen Herausforderungen, für die es endlich praktikable Lösungsansätze braucht. Denn nicht alle Probleme sind auf den Ukrainekrieg zurückzuführen, wir müssen endlich auch im Land selbst unsere Hausaufgaben erledigen“, betonen Herk und Dernoscheg.

Fast schon ein Jahr tobt der Ukrainekrieg. Folge davon ist nicht nur (un)menschliches Leid, sondern auch massive Teuerungen, ausgelöst durch horrenden Energiepreise. Diese haben auch die Stimmung in der steirischen Wirtschaft massiv getrübt, wie die Einschätzung des allgemeinen Wirtschaftsklimas im neuen Wirtschaftsbarometer zeigt. 755 Unternehmen haben an der großen Konjunkturumfrage der WKO Steiermark teilgenommen: 43,8 Prozent geben an, dass das Wirtschaftsklima sich verschlechtert habe, 18,0 Prozent sehen eine Verbesserung. Das ergibt unterm Strich einen Negativsaldo von -25,8 Prozentpunkten. Beim Erwartungssaldo für die kommenden zwölf Monate sinkt dieser Wert sogar auf -74,2 Prozentpunkte, ein neuer Tiefstand im langjährigen Vergleich. Zumindest etwas besser - in Relation zum allgemeinen Wirtschaftsklima - wird die Entwicklung des eigenen Unternehmens bewertet. Sämtliche Salden befinden sich hier bei den Ist-Werten noch im Plus, wenngleich mit negativem Ausblick. Das steirische Konjunkturprofil im Detail: Gesamtumsatz +25,5 Prozentpunkte, Auftragslage +15,8 Prozentpunkte, Preisniveau +82,2 Prozentpunkte, Investitionen +17,3 Prozentpunkte und Beschäftigung +17,6 Prozentpunkte.

Bei den Erwartungen kippen aber auch hier sämtliche Saldenwerte - mit Ausnahme des Preisniveaus (+64,8 Prozentpunkte) - ins Negative. So sinkt der Wert für die künftige Entwicklung des Gesamtumsatzes auf -20,9 Prozentpunkte, jener der Auftragslage auf -33,8 Prozentpunkte, bei den Investitionserwartungen auf -20,0 Prozentpunkte und bei der Beschäftigung auf -18,3 Prozentpunkte. „Die Situation ist ernst, die Herausforderungen groß. Diese dürfen von der Politik nicht länger nur verwaltet werden. Es braucht endlich entschiedene Taten, vor allem zur Senkung der horrenden Energiepreise“, betonen WKO Steiermark Präsident

Josef Herk und Direktor Karl-Heinz Dernoscheg. Konkret fordern sie die Einführung eines Strom-Gewerbetarifs für Klein- und Mittelbetriebe, der - wie in Salzburg - mit 15 Cent pro Kilowattstunde gedeckelt ist, darüber hinaus müsse der Energiekostenzuschuss bis Ende 2023 verlängert werden. Zusätzlich brauche es eine Strom- und Gaspreisbremse, „idealerweise auf europäischer Ebene und wenn das nicht möglich ist, auf Österreich-Ebene“, so Herk und Dernoscheg, die auch ein verstärktes Augenmerk auf die Sicherung der Energieversorgung im Land einfordern. „Wer den Klimaschutz ernstnimmt, muss den Ausbau sauberer Energien unterstützen. Derzeit sehen wir uns hier aber immer noch mit jahrelangen Verfahren konfrontiert, die wir uns in dieser Form nicht mehr leisten können“, verweisen Herk und Dernoscheg auf die oftmals massiven Verzögerungen, wie im Fall des Ökospeichers Koralm.

78,4 Prozent der befragten Unternehmerinnen und Unternehmer sehen die hohen Energiepreise jedenfalls als eine der größten Herausforderungen für 2023. Auf Platz zwei (77,0 Prozent, Mehrfachnennungen möglich) folgt knapp dahinter der Arbeits- und Fachkräftemangel. „Angesichts der herausfordernden Rahmenbedingungen ist dieser Wert bemerkenswert und zeigt, wie akut der Handlungsbedarf hier ist“, so Herk und Dernoscheg. Sie fordern darum eine grundlegende Reform. „Hier darf es bei Lösungsansätzen keine Denkverbote geben, speziell was Fachkräfte aus Drittstaaten betrifft. Wir dürfen beim Wettbewerb um die hellsten Köpfe und die geschicktesten Hände nicht ins Hintertreffen geraten. Deutschland hat dieser Tage ein neues Punktesystem mit wesentlichen Erleichterungen für den Fachkräfte-Zuzug angekündigt. Eine vergleichbare Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte wäre dringendst notwendig. Darüber hinaus müssen wir natürlich auch alle Potenziale im Land heben. Das beginnt beim Ausbau der Kinderbetreuung und reicht hin zu einer Reform des Arbeitslosengeldes und einer Forcierung der überregionalen Vermittlung“, betont die WKÖ-Führungsspitze.

Die steirische Wirtschaftsentwicklung im Detail

UMSATZ. Die bisherige Umsatzentwicklung wird aufgrund der guten ersten Jahreshälfte zwar noch überwiegend positiv bewertet (gestiegen: 44,2 %; gesunken: 18,8 %, Saldo: 25,5 Prozentpunkte), der Ausblick erweist sich jedoch als düster. Mehr als ein Drittel der befragten Betriebe (37,7 %) rechnen mit einem Umsatzrückgang in den kommenden zwölf Monaten, nur noch 16,8 % zeigen sich gegen Jahresende optimistisch. Der Erwartungssaldo sinkt damit erstmals seit Beginn der Corona-Pandemie wieder deutlich unter die Nulllinie auf -20,9 Prozentpunkte.

AUFTRAGSLAGE. Ähnlich fallen die Einschätzungen zur Auftragsituation aus. Mit einem Positivsaldo von 15,8 Prozentpunkten konnten sich bisher mehr Unternehmen über steigende (40,1 %) als über sinkende Auftragszahlen (24,3 %) freuen. In Bezug auf das kommende Jahr zeigt sich jedoch wachsende Skepsis: Nur mehr 14,0 % gehen von einer Verbesserung ihrer Auftragsituation, 47,8 % und damit fast die Hälfte der befragten Unternehmen rechnen mit einer Verschlechterung. Der Erwartungssaldo verliert damit deutlich und kommt im Herbst 2022 bei -33,8 Prozentpunkte zu liegen.

PREISE. Außergewöhnlich hoch bleibt die Preisdynamik, sie entwickelt sich zu einem wirtschaftlichen Problembereich. Die enorme Inflation zeigt sich in einer Saldozunahme der Verkaufspreisentwicklung: 84,5 % der Unternehmen mussten in den vergangenen zwölf Monaten die gestiegenen Preise für Energie, Rohstoffe, Vorleistungen, Material etc. an ihre Kunden weitergeben. 73,3 % rechnen auch in den kommenden zwölf Monaten mit einem (weiteren) Anstieg ihres Preisniveaus, während nur 8,5 % von einer Verringerung ihrer Verkaufspreise ausgehen. Die Salden klettern damit auf 82,2 (bisher) und 64,8 Prozentpunkte (erwartet).

INVESTITIONEN. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dürfte die Investitionsbereitschaft künftig deutlich nachlassen. Während die vergangenen Jahre trotz Corona-Pandemie von einer außergewöhnlich guten Investitionskonjunktur gekennzeichnet waren - auch bedingt durch die staatlichen Stützungsmaßnahmen - ist nun von einer Trendumkehr auszugehen. Die Finanzierungsbedingungen werden restriktiver und die Finanzierungskosten steigen. Der Erwartungssaldo der Investitionen fällt somit im Herbst 2022 auf -20,0 Prozentpunkte. Es rechnen daher deutlich mehr Unternehmen mit einem Rückgang ihres Investitionsvolumens (40,3 %) als mit einer Ausweitung (20,3 %).

BESCHÄFTIGUNG. Konjunkturbedingt ist von einem Rückgang der Arbeitskräftenachfrage auszugehen. Bis dato haben deutlich mehr Unternehmen Personal aufgestockt (36,4 %) als abgebaut (18,8 %), was zusätzlich zum Positivsaldo von 17,6 Prozentpunkten auch in einer vergleichsweise niedrigen Arbeitslosenquote zum Ausdruck kommt. Obwohl für das Jahr 2023 noch immer 77,0 % der Unternehmen den Arbeits- und Fachkräftemangel neben den steigenden Preisen von Energie, Rohstoffen und Vorleistungen als eine der größten Herausforderungen ansehen, dürfte sich das Beschäftigungswachstum künftig deutlich abschwächen. Der Erwartungssaldo sinkt auf -18,3 Prozentpunkte, womit 16,1 % von einer Zunahme und 34,3 % von einer Abnahme ihrer Mitarbeiterzahl ausgehen. In etwa die Hälfte der befragten Betriebe (49,6 %) plant ihren derzeitigen Personalstand zu halten.

EXPORT. Der Russland-Ukraine-Konflikt belastet die Wirtschaftsentwicklung weiterhin in den Industrieländern nachhaltig. Die Wachstumsprognosen für Europa, sowie Nord- und Südamerika fallen für das Jahr 2023 verhalten aus, Wachstumsimpulse für die Weltwirtschaft sind in erster Linie aus Asien zu erwarten. Dementsprechend ist der Ausblick der steirischen Exportunternehmen von zunehmender Zurückhaltung geprägt. Nur 12,4 % der befragten Exportbetriebe rechnen mit einer positiven Entwicklung ihres Exportumsatzes, 28,5 % gehen vom Gegenteil aus. Der Saldo rutscht damit ebenfalls unter die Nulllinie auf -16,1 Prozentpunkte und entspricht damit ungefähr dem Wert von Frühjahr 2009.

Wirtschaftsklima in den Regionen

In den steirischen Regionen stehen die Zeichen durch die Bank auf eine deutliche Konjunkturabkühlung. Während in Bezug auf die bisherige Entwicklung zumindest in Liezen die positiven die negativen Einschätzungen überwiegen (Saldo bisher: 13,7 Prozentpunkte), so glauben kaum noch Unternehmen an eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den kommenden zwölf Monaten. In ausnahmslos allen Regionen befinden sich die Erwartungssalden unter der Nulllinie. In den Regionen Süd-/Weststeiermark (-86,7 Prozentpunkte), Oststeiermark (-83,1) und Liezen (-82,7) liegt dieser sogar deutlich unter dem Steiermarkschnitt von -74,2 Prozentpunkten.

Geschäftslage nach Betriebsgröße

EIN-PERSONEN-UNTERNEHMEN. Auf den Ein-Personen-Unternehmen lastet seit Beginn der Corona-Pandemie ein enormer unternehmerischer Druck, der angesichts des starken Preisauftriebs wieder zunehmen dürfte. Ähnlich wie im Frühjahr ist die Stimmung stark gedämpft, alle Salden - bis auf jene zum Preisniveau - fallen negativ aus. Mit einem Negativsaldo von -4,7 Prozentpunkten verzeichneten in den vergangenen zwölf Monaten mehr EPU eine negative (38,0 %) als eine positive (33,3 %) Umsatzentwicklung. Eine Trendumkehr ist angesichts des unterkühlten Wirtschaftsklimas nicht in Sicht: 33,3 % rechnen mit einer (weiteren) Umsatz-Verschlechterung, 32,6 % der befragten EPU gehen von einer Verbesserung aus. Der Erwartungssaldo rutscht damit knapp unter die Nulllinie (-0,8 Prozentpunkte).

KLEINUNTERNEHMEN. In puncto Geschäftstätigkeit sind die Trendpfeile in der Gruppe der steirischen Kleinunternehmen durchwegs nach unten gerichtet. Die wirtschaftlichen Herausforderungen rund um die historisch hohe Inflation machen sich auch in den Rückmeldungen zum Gesamtumsatz bemerkbar: Der Saldowert zur bisherigen Umsatzentwicklung fällt mit 12,8 Prozentpunkten zwar noch positiv aus (gestiegen: 39,4 %; gesunken: 26,6 %), liegt damit aber klar unter dem Wert der Frühjahres-Umfrage. In Bezug auf das kommende Jahr macht sich zunehmend Pessimismus breit: Bei einem Negativsaldo von -23,3 Prozentpunkten überwiegen die negativen (42,1 %) die positiven Einschätzungen (18,8 %) deutlich.

MITTELUNTERNEHMEN. Auch in der Gruppe der steirischen Mittelunternehmen wächst mit Blick auf das kommende Jahr die Sorge vor einem wirtschaftlichen Abschwung. Der bisherige Geschäftsverlauf gestaltete sich bis dato noch gut: 58,7 % konnten ihre Umsätze steigern, lediglich 14,2 % mussten Umsatzeinbußen hinnehmen (Saldo bisher: 44,5 Prozentpunkte). Mit einer Fortsetzung dieser positiven Entwicklung rechnen nur noch die wenigsten: 19,7 % der befragten Mittelunternehmen zeigen sich aktuell optimistisch, 40,6 % gehen hingegen von einer Verringerung ihres Gesamtumsatzes in den kommenden Monaten aus. Der Erwartungssaldo verliert damit deutlich und rutscht auf -20,9 Prozentpunkte ab.

GROSSUNTERNEHMEN. Aus dem Konjunkturprofil der steirischen Großunternehmen wird die aktuelle Rezessions-Gefahr ebenfalls deutlich. Die bisherige Umsatzentwicklung wurde mit einem Saldo von 14,0 Prozentpunkten zwar noch positiv, aber merklich schlechter bewertet als im Frühjahr 2022 (gestiegen: 31,0 %; gesunken: 17,0 %). Die Erwartungen fallen zudem pessimistischer aus als zuletzt, was in einem Negativsaldo von -19,1 Prozentpunkten zum Ausdruck kommt. Damit gehen 30,3 % der befragten Großbetriebe von einem Umsatzrückgang und nur mehr 11,2 % von einer Umsatzsteigerung im kommenden Jahr aus.

Was die Wirtschaft von der Politik fordert

ENERGIEKOSTEN: unternehmwas.at

- Gewerbetarif für KMU einführen
- Strom- und Gaspreisbremse sowie Verlängerung Energiekostenzuschuss bis Ende 2023
- CO₂-Steuer: Aussetzen der Stufe zwei im Jänner
- Sicherung und Ausbau einer sauberen Energieversorgung im Land

FACHKRÄFTE: Maßnahmenpaket zur Fach- und Arbeitskräftesicherung umsetzen

- Qualifizierte Zuwanderung: Weitere Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte für Fachkräfte aus Drittstaaten nach deutschem Vorbild.
- Mobilisierung des heimischen Arbeitskräftepotentials: überregionale Vermittlung forcieren, Arbeitslosengeld-Reform, Ausbau Kinderbetreuung, Teilkrankenstand etc.
- Bildungsoffensive: Bildungskarenz reformieren, Lehre nach der Matura etc.

STANDORT: Jahrhundertchance Koralmbahn nutzen

- Infrastruktur-Bottlenecks beseitigen: Ausbau Phyrn-Schober-Achse und Graz-Bruck
- Ausgleichsmaßnahmen in peripheren Regionen: Ausbau S-Bahn-System Klagenfurt-Aichfeld und Vollausbau B317-S37
- Öffentlicher Verkehr: Taktung in beiden Bundesländern optimieren

Graz, 13. Dezember 2022

Rückfragehinweis: Mario Lugger, Referatsleiter Kommunikation, 0316/601-652